



Journal der
Politisch-
Militärischen
Gesellschaft

Nr. 90
Juni
2014

Herausgegeben vom Vorstand
der Politisch-Militärischen Gesell-
schaft e.V. (pmg) in Berlin

ISSN 1436-3070

LEADOFF

Liebe Mitglieder,

On 20 May I participated in a German Federal Foreign Office conference called „Review 2014“. Foreign Minister Frank- Walter Steinmeier had invited the creme of German foreign and security experts to discuss along with international experts Germany's foreign and security policy, Germany's involvement in world affairs and its foreign policy instruments. This conference may well mark a starting point for a renewed, refocused German Foreign Policy.

“What is wrong with German foreign policy?” was the rather provocative question with that Foreign Minister Steinmeier opened the “Review 2014 – A Fresh Look at German Foreign Policy”. In his opening speech (www.auswaertiges-amt.de/EN/Infoservice/Presse/Reden/2014/140520-BM_Review2014.html) he outlined the objectives of the initiative – launching a self- critical and open- ended debate with a broad public on what form Germany's foreign policy should take today.

Steinmeier has structured the review-process as a three-fold approach:

Phase 1 has been based on talks with German and international experts, academics, think tanks, diplomats and civil society groups.

Phase 2 – which has started now – is going to carry the debate to the general public: what are the goals and instruments of German foreign policy? What can and should German foreign policy do? Where are its limits? Should Germany engage, and, if so, how?

In **Phase 3** the Federal Foreign Office will be asking its own staff (over 10,000 members all over the world): What can and should the Federal Foreign Office be able to do?

Steinmeier underlined that Germany had to perform the “balancing act” of fulfilling increased international expectations and, at the same time, the demands often voiced by the German public for more restraint in the field of foreign policy. In a “disordered world”. Consequently, Germany needs to give its foreign policy a “new direction”. To me this

In dieser Ausgabe

2 Einmischen oder Zurückhalten? Die außenpolitischen Einstellungen der Deutschen

Winfried Nachtwei

6 Al-Qaida vor den Toren – Dschihadisten entfesseln neuen Krieg im Irak

Dr. Hauke Feickert

8 Are the Russian Armed Forces a Threat to NATO?

Maxim Worcester

9 Lehren aus 10 Jahren Aktionsplan Zivile Krisenprävention – Wie weiter?

Winfried Nachtwei

appears to be a significant statement.

The first round of discussions revealed the diversity of demands that the international community has of Germany. International experts presented their views and ideas about German foreign policy. This international view was then contrasted with opinions from within Germany, when Thomas Paulsen of the Körber Foundation presented a survey on what Germans thought of their country's foreign policy. According to this survey, 60% of people interviewed were against Germany's greater involvement in world affairs. Yet a clear majority of respondents were in favour of more engagement in specific areas such as humanitarian aid, diplomatic negotiations and arms control.

Foreign Minister Steinmeier took up the issue of Ukraine in his closing speech. In his opinion the cur-

rent crisis had highlighted a “lack of direction” in Germany’s foreign policy. He also underscored that it was important not to be indifferent to the problems the world was facing. “If we assume responsibility we are just as responsible for the things we don’t do as for the things we do.”

Ralph Thiele, Vorstandsvorsitzender

THEMEN

Einmischen oder Zurückhalten? Die außenpolitischen Einstellungen der Deutschen

Anmerkungen zur Umfrage der Körber-Stiftung zu den außenpolitischen Einstellungen der Deutschen

Zum Review-2014-Prozess

Mit seiner Antrittsrede am 17. Dezember 2013 stieß Außenminister Steinmeier eine außenpolitische (Selbst-)Überprüfung und Debatte an, wie ich es seit 1994 nicht erlebt habe. Eine so umfassende und offene Initiative ist einmalig. Bei den Reden von Minister Steinmeier beim Review-Auftakt am 20. Mai war nicht nur mein Eindruck: Seine Fragen, sein Dialogangebot sind glaubwürdig. (www.review2014.de/de/themen.html)

Bisher beschränken sich Überprüfungsprozess und Debatteninitiative auf das Ressort Auswärtiges Amt. Zum Auftakt ist das plausibel. Auf die Dauer wäre das eine Sackgasse.

Zurzeit läuft im Bereich des BMZ der Konsultationsprozess Zukunftscharta „EINEWELT – Unsere Verantwortung“. Anfang Mai trafen im Unterausschuss Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln des Bundestages viele Abgeordnete, Sachverständige und Fachöffentlichkeit zusammen und erörterten anlässlich 10 Jahren Aktionsplan zivile Krisenprävention der Bundesregierung die Perspektiven der

Friedensförderung.¹ In der vorigen Legislaturperiode bemühte sich Verteidigungsminister de Maizière so sehr wie kein Vorgänger, die seit langem geforderte breite sicherheitspolitische Debatte und Verständigung voranzubringen. Mit ihrem auf zwei Jahre angelegten Diskursprojekt „... dem Frieden der Welt dienen“ nahmen die Evangelischen Akademien in Deutschland den Ball einer außen- und friedenspolitischen Debatte auf. Mir ist in lebhafter Erinnerung, wie heiß wir bei den Grünen seit den frühen 90er Jahren um Friedens- und Sicherheitspolitik gestritten und dabei einen neuen Konsens gefunden haben.

Auffällig bei den meisten bisherigen Debattenanläufen war, dass sie weitgehend auf Diskursinseln verblieben, dass es meist an ressortübergreifender Querkommunikation und Debatte mangelte, dass die außen- und sicherheitspolitische Kommunikation in der Öffentlichkeit zum größten Teil von Militärthemen geprägt wurde bzw. in ihrem Schatten stand.

Die Debatte um die gewachsene internationale Verantwortung Deutschlands bietet die große Chance, zu einer ressort- und akteursübergreifenden außenpolitischen Klärung und Verständigung zu kommen – zu besserem Kompass in einer unübersichtlichen und beschleunigten Welt. Ein erster Beitrag dazu wäre, wenn sich auch Interessierte von anderen Feldern internationaler Politik in den AA-Prozess aktiv **einmischen und nicht zurückhalten** würden.

Bei der Auftaktveranstaltung zu „**Review 2014 – Außenpolitik Weiter Denken**“ am 20. Mai 2014 im Auswärtigen Amt wurden die Ergebnisse der repräsentativen Infratest-Umfrage „**Einmischen oder Zurückhalten?**“ vorgestellt, bei der im Auftrag der Körber-Stiftung im April und Mai 2014 1.000 Personen befragt wurden.

In der ersten Phase der Außenpolitik-Überprüfung hatten außenpoliti-

sche Experten ihre (hohen) Erwartungen an deutsche Außenpolitik formuliert. Mit Hilfe der Umfrage sollte nun ermittelt werden, wie die deutsche Bevölkerung zu der „internationalen Verantwortung“ Deutschlands steht, ob sie mehr oder weniger davon will, für welche Ziele und mit welchen Maßnahmen. (www.koerber-stiftung.de/umfrage-aussenpolitik)

Hilfreich ist der Abgleich mit der alljährlichen **Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaftler der Bundeswehr**² zum „Sicherheits- und verteidigungspolitischen Meinungsklima in der Bundesrepublik Deutschland“ (seit 2000). Zuletzt wurden im September 2012 2.627 Personen befragt. (www.zmsbw.de/html/einsatzunterstuetzung/downloads/sicherheitspolitik.pdf?PHPSESSID=e1fc5c8a9d7ad03ac4acb00cf77a96)

„Großes außenpolitisches Interesse“ (*Zwischenüberschriften wie in der Umfrage*)

68% gaben an, sich sehr stark (12%) oder stark (56%) für Außenpolitik zu interessieren, zunehmend jeweils mit Alter und Bildung.

Anmerkung: Dieses Ergebnis ist erfreulich, aber es überrascht mich auch: Von dem relativ hohen Interesse ist im politischen Alltag weniger zu spüren. Dort dominieren Nahinteressen und Innenpolitik. EinsatzrückkehrerInnen in Uniform und noch mehr in Zivil erleben oft Desinteresse an ihrer Arbeit. Communities und Fachöffentlichkeiten der verschiedenen Sparten internationaler Politik kommunizieren überwiegend fragmentiert und unter sich.

Der Nachwuchs für die außenpolitischen Ausschüsse des Bundestages wird spärlicher. Die Basis der Parteien bevorzugt zunehmend Kandidaten mit innenpolitischen Schwerpunkten. In den meisten Bundestagsfraktionen wird seit Jahren ein „Gewichtsverlust“ der Außen- und Sicherheitspolitiker beobachtet.

¹ Bericht und Statements der Sachverständigen unter unter www.bundestag.de/bundestag/ausschuesse18/a03/ua_zks/50472761_kw19_pa_krisenpraevention/216834

² Bis Ende 2012 Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr, seitdem Teil des neu gebildeten Zentrums für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam.

Möglicherweise war das in der Umfrage zutage tretende hohe Interesse an Außenpolitik aktuell durch die zugespitzte Ukraine-Krise begründet. Hier wäre die ergänzende Frage interessant gewesen, worin sich das (sehr) starke Interesse denn zeigt.

Über die Jahrzehnte habe ich Außenpolitik als eine Art „Schläfer“-Thema erfahren: zu Normalzeiten wird sie an die Zuständigen delegiert und nur marginal zur Kenntnis genommen. Bei stark wahrgenommenen Krisen kann dann das Interesse aber regelrecht hoch schießen, vor allem wenn es mit der existentiellen Frage von Krieg und Frieden verbunden ist.

Intensiv und beständig ist das außenpolitische Interesse bei der wachsenden Minderheit derjenigen, die persönliche internationale Erfahrungen + Verbindungen haben.

„Geringe Bereitschaft zu stärkerem Engagement bei internationalen Krisen“

Nur 37% befürworten ein stärkeres deutsches Engagement, 60% votieren weiter für Zurückhaltung. 1994 waren die Antworten (Zeit des Bosnienkrieges) genau umgekehrt. Begründet wurde das Votum für Zurückhaltung damit, dass Deutschland genug eigene Probleme habe (73%). 50% führten die deutsche Geschichte als Grund an – besonders Befragte ab 60 Jahre.

Bevölkerungsumfrage 2012:

(a) *Hat die Verantwortung Deutschlands auf internationaler Ebene in den letzten Jahren in der Wahrnehmung der Bundesbürger zugenommen oder abgenommen? 65% sehen eine Zunahme (24% deutliche, 41% eher); 24% weder noch; 5% sehen eine Abnahme (4% eher, 1% deutlich); 6% ohne Meinung.*

(b) *„Was meinen Sie: Wie sollte sich Deutschland in der internationalen Politik am ehesten verhalten? Sollte Deutschland (1) eher eine aktive Politik verfolgen und bei der Bewältigung von Problemen, Krisen und Konflikten mithelfen oder (2) sich eher auf die Bewältigung eigener Probleme kon-*

zentrieren und sich aus Problemen, Krisen und Konflikten anderer möglichst heraushalten?“

- *Für „eher aktiv“ votierten 42% (in 2000 52%), deutlicher Rückgang von 2006 auf 2007; nach Parteipräferenzen: Union 49%, SPD 48%, Grüne 54%, Linke 29%;*
- *für „eher auf die Bewältigung eigener Probleme konzentrieren“ 48% (in 2000 47%).*
- *keine Meinung haben 10% (1%). (S. 18)*

Anmerkung: Beide Umfragen zeigen, dass um die/mehr als die Hälfte der Deutschen ein stärkeres Engagement bei internationalen Krisen ablehnt und dass diese Haltung zunimmt. Ein Hauptmotiv ist offenbar der Vorrang der Problemlösung „im eigenen Haus“. Auszuschließen ist aber nicht, dass bei der Mai-Umfrage auch die militärlastige Interpretation der „Münchener Reden“ eine Rolle gespielt hat, wo internationale Verantwortung vielfach mit Militäreinsätzen gleichgesetzt wurde. Die Gewichtung der beiden Motive bleibt jedenfalls offen.

Die relativ große Distanz der Bevölkerung gegenüber einer aktiveren Außenpolitik ist von der verantwortlichen Politik erheblich mitverursacht.

- Die Komplexität, Dynamik und Unübersichtlichkeit internationaler Beziehungen und Politik erschwert eine intensivere Anteilnahme der BürgerInnen. Sie ist eine strukturelle Überforderung.
- Die Wahrnehmung internationaler Politik wird üblicherweise von Kriegen, Gewaltereignissen, Militäreinsätzen und Bad News dominiert. Die Breite und Vielfalt der Außenpolitik hat es demgegenüber immer wieder schwer, wahrgenommen zu werden. In Deutschland ist die militärlastige (Fehl-)Wahrnehmung von internationalem Engagement auch eine Begleiterscheinung der bewährten Parlamentsbeteiligung bei Auslandsentscheidungen. Von den de facto multidimensionalen Krisenengagements wird fast nur die militärische Komponente, kaum die zivile und polizeiliche debattiert. (Mit der Formulierung umfassender, zivil-polizeilich-militärischer Mandate könnte der vorherrschenden ein-

dimensionalen Behandlung von Krisenengagements entgegenge-wirkt werden.)

- Dass internationales Engagement der aktiven öffentlichen Kommunikation, der Ansprache und Einbeziehung der BürgerInnen bedarf, scheint – so mein subjektiver Eindruck – eher bei der Militär- und Entwicklungspolitik, am wenigsten bei der Außenpolitik im engeren Sinne angekommen zu sein. Der traditionelle Ansehensvorteil von Außenministern und Bilder von Diplomatenreffen reichen da zur öffentlichen Kommunikation nicht aus. Die Bundeswehr betreibt mit ihren Jugendoffizieren sicherheitspolitische Bildungsarbeit in der Breite. Von Seiten des Auswärtigen Amtes gibt es nichts Vergleichbares. Seit mehr als 20 Jahren hat sich Deutschland zunehmend an internationaler Krisenbewältigung beteiligt. Eine umfassende, systematische und öffentlich kommunizierte Bilanzierung – was hat es (nicht) gebracht? – wurde bis heute versäumt. In den Bundestagswahlkämpfen ist internationale Politik – zuletzt 2013 – in der Regel für die Parteien und KanzlerkandidatInnen kaum ein Thema.
- Seit Jahren fällt mir auf, welche geringe Rolle die Vereinten Nationen im allgemeinen sicherheits- und friedenspolitischen Diskurs in Deutschland spielen – trotz ihrer hohen Akzeptanz, trotz ihrer Schlüsselrolle für internationale Sicherheit und Weltfrieden und die vielen drängenden globalen Großprobleme. Dass die inzwischen 40-jährige deutsche VN-Mitgliedschaft auch Verpflichtungen beinhaltet – so die grundsätzliche Unterstützung von VN-Friedenssicherung -, scheint bisher sehr wenig in der allgemeinen Öffentlichkeit angekommen zu sein.

Vorsicht ist aber geboten vor einer Überinterpretation („Neoisolationismus“) dieser ersten Antwort: Bei den folgenden Fragekomplexen zeigt sich, dass die mehrheitliche Distanz gegenüber einem stärkeren deutschen Engagement nicht kategorisch und unterschiedslos gilt, sondern sich erheblich nach Zielen und Aktionsfeldern auf differenziert.

„Klare Prioritäten: Frieden in der Welt und Schutz der Menschenrechte“

Als wichtigstes Ziel deutscher Außenpolitik nennen 51% Frieden in der Welt, Sicherheit 21%. Freiheit 15% und Wohlstand 8%.

Als wichtigste Aufgabe deutscher Außenpolitik (sehr wichtig) gelten der weltweite Schutz der Menschenrechte (66%, +27% ggb. 1994!), Verbesserung des Klima- und Umweltschutzes (59%, +10%), Energieversorgung sicherstellen (57%, +4%), (...) Schutz wirtschaftlicher Interessen im Ausland (25%, -14%), ausländische Märkte zur Sicherung der Arbeitsplätze in Deutschland sichern (24%, -32%).

Bevölkerungsumfrage 2012: Sehr wichtige außenpolitische Ziele sind die Sicherheit und Stabilität Deutschlands gewährleisten (78%), Katastrophenhilfe (73%), Versorgung Deutschlands mit Energie und Rohstoffen (67%), Umwelt schützen helfen (66%), Frieden in der Welt sichern helfen (61%), Klimawandel begrenzen (58%), zur Achtung der Menschenrechte weltweit beitragen (49%).

Anmerkung: Auffällig ist: Je konkreter die Fragen werden, desto mehr wächst die Offenheit für eine aktivere Außenpolitik. Die Mehrheit der Bevölkerung präferiert eine werteorientierte Außenpolitik. Wirtschaftliche Interessen haben – für mich überraschenderweise – eine abnehmende und nachrangige Relevanz. In den Augen der Bevölkerung spielen der Friedensauftrag des Grundgesetzes und kollektive öffentliche Güter eine deutlich größere Rolle als im außen- und sicherheitspolitischen Diskurs der letzten Jahre, wo die Verteidigung eigener, auch partikularer Interessen nach vorne rückte.

„Zivile Möglichkeiten außenpolitischen Engagements favorisiert“

Deutschland soll sich viel stärker engagieren bei der humanitären Hilfe (86%), in diplomatischen Verhandlungen (85%), bei zivilgesellschaftlichen Projekten (80%), bei Abrüstung + Rüstungskontrolle (80%), bei der Ausbildung von Po-

izei und Sicherheitskräften (75%), (...) bei der Aufnahme von Flüchtlingen (47%), mit Militäreinsätzen der Bundeswehr (13%). 82% votieren für ein weniger starkes militärisches Engagement.

Anmerkung: Die Bevölkerung votiert eindeutig für den Vorrang friedlichen und zivilen Engagements. (Tendenz Zivilmacht) Das entspricht auch dem Selbstverständnis bundesdeutscher Außenpolitik (ihr Außenbild scheint aber deutlich militärlastiger zu sein). Diese erfreuliche Grundorientierung zeigt sich z.B. in der vergleichsweise hohen Spendenbereitschaft der Deutschen für humanitäre Hilfe.

Offen bleibt, wie ernst es den Befragten mit den Handlungsfeldern insgesamt ist, ob es mehr ist als bloße Gesinnung. Denn die Grundorientierung schlägt sich – so meine Beobachtung seit den Balkankriegen - auffällig wenig nieder in Interesse und Unterstützung für zivile Krisenprävention und ihre neueren Instrumente. So hoch die Akzeptanz dieses Politikfeldes ist, so notorisch gering ist zugleich das Interesse der breiteren Öffentlichkeit und Medien daran.

Bemerkenswert hoch ist die Zustimmung zur Aufbauhilfe von Streitkräften und Polizei. Die allermeisten Innenministerien haben diesen Akzeptanzvorteil von Polizeiaufbauhilfe aber bisher in keiner Weise aufgenommen.

Die Frage nach mehr oder weniger militärischem Engagement ist angesichts des breiten Spektrums an realen Einsatzarten (von Militärbeobachtern über gewaltverhütendes Peacekeeping bis zu umfassenden Kampfeinsätzen und Aufstandsbekämpfung) viel zu pauschal. Der wichtige Unterschied von VN-geführten und VN-mandatierten Missionen wird nur wenigen bewusst sein. Mir scheint, dass gegenwärtig der kriegerisch gewordene Afghanistan-einsatz der letzten Jahre das Bild von militärischem Engagement bestimmt und erfolgreiche Stabilisierungseinsätze auf dem Balkan wie auch Blauhelmeinsätze

ze der VN weitgehend vergessen macht.

„Geringe Unterstützung für militärisches Engagement“

Der Einsatz deutscher Truppen wird vor allem dann befürwortet, wenn Frieden und Sicherheit in Europa direkt bedroht sind (87%), für humanitäre Zwecke (85%), zur Verhinderung von Völkermord (82%), bei Beteiligung an international beschlossenen friedenserhaltenden Maßnahmen (74%), bei einer direkten Bedrohung von Verbündeten (70%), zum Freihalten von Handelswegen und Zugang zu lebenswichtigen Rohstoffen (48%).

Bevölkerungsumfrage 2012:

(a) Einstellung zu Aufgabenfeldern der Bundeswehr im Ausland:

Am höchsten ist die Zustimmung zur Hilfe bei Naturkatastrophen (77% voll, 15% eher). Es folgen Evakuierung von Deutschen und Befreiung aus Geiselschaft (73 und 70%), Verhinderung terroristischer Anschläge auf Deutschland (63%, 21 eher), Hilfe für angegriffene NATO-Partner (54/26%), Frieden in der Welt sichern (48/31), Sicherheitslage in einer Krisenregion in Europa stabilisieren (43/32), Völkermord verhindern (41/31), Sicherung des internationalen Seeverkehr (42/30), Stabilisierung einer Krisenregion in Afrika (20/24)

(b) Kenntnis über Auslandseinsätze nach Selbsteinschätzung:

Fakten + Zusammenhänge um den Einsatz sind bekannt – die wesentlichen/einige – nichts Konkretes/nichts davon bekannt

- bei ISAF 7/45 – 41/5
- bei KFOR 4/31 – 52/12
- bei EUFOR/Bos 3/27 – 51/17
- ATALANTA/Som 3/24 – 47/24
- UNIFIL/Lib 2/14 – 44/38

(c) Zustimmung zu den Auslandseinsätzen:

vollkommen/überwiegend – überwiegend ablehnend/völlig ablehnend

- KFOR 22/30 – 21/17
- EUFOR 21/31 – 21/16
- ATALANTA 23/27 – 19/18
- ISAF 16/22 – 24/31
- UNIFIL 12/22 – 25/23

Im Vergleich zu 2010 ging die Zustimmung z.T. erheblich zurück. Allerneueste Umfrageergebnisse deuten auf eine wieder anwachsende Zustimmung hin.

Anmerkung: Die Einstellungen zu Bundeswehreinräsen stehen auf unsicherem Fundament: Die Kenntnisse der Einsätze sind sehr unterschiedlich und insgesamt sehr beschränkt.

Die lt. Infratest nur 13% Zustimmung für ein stärkeres Engagement bei Militäreinsätzen bedeutet offenbar keine Ablehnung von militärischem Engagement generell, sondern Zurückhaltung beim Einsatz des Instruments Militär. Es kommt ganz auf den konkreten Zweck, den Einzelfall an. Das ist nach aller Erfahrung vollauf begründet. Gerade Soldaten werden dieser Zurückhaltung aus Einsicht in den Vorrang politischer Konfliktlösung teilen können.³

Die verbreitete Behauptung von einem in Deutschland dominierenden Pazifismus (im Sinne des Eintretens für ausschließlich gewaltfreie Konfliktbearbeitung) ist unzutreffend. Sie verkürzt Pazifismus auf eine passive Ohnemich-Haltung. Pazifistische Organisationen, die für strikt gewaltfreies Einmischen arbeiten, praktizieren das Gegenteil von Ohnemich, sind aber seit Jahrzehnten eine kleine Minderheit, die nur spärliche Unterstützung erfährt.

Große Zustimmung erhalten unverändert die Einsatzaufträge, wie sie in den VN-Mandaten der Auslandseinsätze der Bundeswehr formuliert sind. Insofern ist die in der Öffentlichkeit verbreitete Behauptung von einer mehrheitlichen Ablehnung von Auslandseinsätzen falsch. Es kommt auf die konkreten Ziele an und darauf, ob der

³ Aufschlussreich ist die Untersuchung „United Wie Stand, Divided Wie Fall? Die Haltungen europäischer Bevölkerungen zum ISAF-Einsatz“ von Heiko Biehl, in: Anja Seiffert, Phil C. Langer, Carsten Pietsch (Hrg.): Der Einsatz der Bundeswehr in Afghanistan – Sozial- und politikwissenschaftliche Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 169 ff. Die Einstellungen der deutschen Bevölkerung sind unter den acht untersuchten Ländern keineswegs singulär, unterscheiden sich aber am deutlichsten von denen der britischen Bevölkerung. Die Haltung der Befragten wird stark von grundlegenden sicherheitspolitischen Überzeugungen und Mustern geprägt.

Einsatz auch einen wirksamen Beitrag zu Frieden und Sicherheit leistet. Bemerkenswert ist, dass die Bevölkerung bei der Verhinderung von Völkermord offenbar viel interventionsbereiter zu sein scheint als die Politik, die dann mit dem Problem einer aussichtsreichen und verantwortbaren Umsetzung konfrontiert wäre.

Das 82%-Votum für weniger militärisches Engagement könnte man als Negativbewertung der bisherigen Einsätze verstehen – und die Militärs dafür verantwortlich machen.⁴ Ausgeklammert würde dabei aber, dass Außenpolitik wesentlich für Auslandseinsätze mit verantwortlich ist: Die Federführung für die Einsätze liegt beim Auswärtigen Amt und beim Auswärtigen Ausschuss; bei den bisherigen Einsätzen war die Unterausstattung der zivilen und polizeilichen Säule immer wieder ein Kernproblem.

„Stärkere Zusammenarbeit mit China gewünscht“

Mehr bzw. weniger Zusammenarbeit ist gewünscht mit Frankreich (79%-12%), mit Polen (71/22), Großbritannien (63/27), China (61/32), USA (56/33), Südafrika (55/32), Russland (53/41), Türkei (40/53).

Anmerkung: Die Antworten geben keine Auskunft über die Rangfolge der Kooperationsländer.

„Mehr Bereitschaft zu Engagement bei jungen Wählern“

Die jüngeren Wähler bis 29 Jahre zeigen insgesamt weniger Interesse an Außenpolitik als ältere, zugleich äußern sie die größte Zustimmung zu außenpolitischem Engagement. Eine humanitär begründete Intervention würden sie auch ohne VN-Mandat befürworten.

Anmerkung: Der Gegensatz zwischen geringem Interesse und höherer Engagement-Zustimmung

⁴ Lt. Bevölkerungsumfrage 2012 schlägt sich die in den letzten Jahren zunehmende Ablehnung des ISAF-Einsatzes nicht in den Akzeptanzwerten der Bundeswehr nieder: Die sind mit 48% volles Vertrauen und 35% eher Vertrauen in die Bundeswehr weiterhin sehr hoch. Die Schlussfolgerung liegt nahe, dass der wahrgenommene Einsatz-Misserfolg primär der Politik angelastet wird.

ist eine Herausforderung für politische Bildung.

Schlussbemerkung

Die außenpolitischen Einstellungen der Mehrheit der Befragten zeigen eine auffällige und erfreuliche Nähe zur Werteordnung der VN-Charta und des Grundgesetzes. Das Votum für den Vorrang ziviler Außenpolitik und internationaler Aufbauunterstützung ist zunächst einmal ein zivilisatorischer Fortschritt und keine Blauäugigkeit. Die Haltung gegenüber dem Einsatz von Militär ist insgesamt zurückhaltend, differenziert und am ehesten offen gegenüber Nothilfe und Friedensbewahrung, am skeptischsten gegenüber umfassenden Kampfeinsätzen. Die Erfahrungen mit internationaler Krisenbewältigung und Interventionen stützen diese Grundorientierung. (Man sehe sich nur die ernüchternde Bilanz der traditionellen Interventionsmächte an!)

Die gelegentliche Interpretation der Umfrage, wonach die auf aktivere Außenpolitik drängende politische Klasse von einer uneinsichtig-rückständigen Bevölkerung gebremst werde, halte ich für deplatziert. Das Problem war seit jahrelang eher eine politische Führung, der es selbst an Strategiefähigkeit, Führungswille und Überzeugungskraft mangelte. Hier wird Verantwortung auf eine irgendwie „zurückgebliebene“ Bevölkerung abgeschoben.

Die Umfrageergebnisse entsprechen meinen Erfahrungen aus der politischen Auseinandersetzung um deutsche Krisenengagements und internationale Verantwortung in den letzten zwanzig Jahren: Offenheit und Zustimmung zu mehr internationalem Engagement Deutschlands lässt sich sehr wohl gewinnen, wenn die Werteorientierung (VN-Charta und Menschenrechte) und der Primat der Kriegsverhütung und Friedensförderung eindeutig sind, wenn die Kommunikation glaubwürdig, dialogisch und anschaulich ist, wenn man bereit ist, aus Erfahrungen und Fehlern zu lernen.

Die Abertausend Friedenspraktiker in Zivil und Uniform, die es inzwischen in Deutschland gibt,

könnten dazu mit ihren Erfahrungen aus Krisenregionen erheblich beitragen.

Winfried Nachtwei

Winfried Nachtwei ist Mitglied des Bundestags a.D.. Dieser Beitrag stammt vom 24. Mai 2014. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Al-Qaida vor den Toren

Dschihadisten entfesseln neuen Krieg im Irak

Mit einer spektakulären Offensive haben wenige tausend Kämpfer des al-Qaida-Ablegers „Islamischer Staat in Irak und Syrien“ (ISIS) eine Massenpanik im Nordirak ausgelöst und die Stadt Mosul eingenommen: Bis zu einer halben Millionen Menschen sind vor den Gotteskriegeren auf der Flucht – unter ihnen über 30.000 Angehörige der irakischen Sicherheitskräfte. Um die Lage zu stabilisieren greift die Regierung in Bagdad nun auf schiitische Milizen und Einheiten der iranischen Revolutionsgarde zurück.

Die politische Normalität liegt im Irak erst eineinhalb Monate zurück. Als am 30. April 2014 gut 62% der Wahlberechtigten ihre Stimmen für die Parlamentswahl abgaben, blieb es im Land weitgehend ruhig. Die Drohung des „Islamischen Staats in Irak und Syrien“ (ISIS), die Abstimmung in ein Blutbad zu verwandeln, realisierte sich nicht. Nach der gelungenen Besetzung der Stadt Falludscha durch die sunnitisch-islamische Terrorgruppe zum Jahreswechsel 2013/2014 und Vorstößen in das Gebiet nahe der berühmtesten Stadt Abu Ghraib, rund 40Km westlich von Bagdad, schien ISIS Ende April wieder in der Defensive zu sein. So ging das irakische Militär erfolgreich gegen Terrorcamps entlang der syrisch-irakischen Grenze vor und riegelte Falludscha systematisch ab.

Doch während sich die Spitzenpolitiker in der Hauptstadt mit dem Ergebnis der Parlamentswahl

auseinandersetzen und sich für langwierige Verhandlungen über die Regierungsbildung in Position brachten, begann ISIS am 5. Juni unerwartet eine Serie von koordinierten Angriffen im Nordirak. In der Stadt Samarra versuchten die Aufständischen den schiitischen Askari Schrein in ihre Gewalt zu bringen, dessen Zerstörung 2006 eine Welle von Kämpfen und ethnischen Säuberungen zwischen sunnitischen und schiitischen Milizen ausgelöst hatte. Der Vorstoß blieb jedoch erfolglos und kostete zwei Führungsfiguren der Dschihadisten das Leben.

In der Provinzhauptstadt Mosul brachen ISIS-Kämpfer hingegen in mehrere Viertel im Westen und Osten ein und lieferten Armee und Polizei in den folgenden Tagen heftige Kämpfe. Die Vielzahl der Gefechte und die Notwendigkeit von schnellen Stellungswechseln lösten offenbar eine immense Verwirrung in der lokalen Militärführung aus und führten zu widersprüchlichen Befehlen. Nachdem die Dschihadisten am 10. Juni schließlich zentrale Gebäude im Stadtzentrum unter Feuer nahmen und das operative Hauptquartier der Provinz evakuiert werden sollte, brach die Koordination der Sicherheitskräfte endgültig zusammen. Während immer mehr Soldaten und Polizeikräfte den Kampf aufgaben und aus der Stadt flüchteten, besetzte ISIS die Verwaltungsgebäude, Waffendepots, Banken und Krankenhäuser sowie den Flughafen der Stadt. Aus Gefängnissen befreiten die Terroristen rund 3000 Häftlinge.

Das schnelle Ende der Kämpfe in Mosul muss Angreifer wie Verteidiger überrascht haben – immerhin befanden sich über 30.000 Soldaten und tausende Polizisten in der Millionenstadt. Die Verteidiger waren jedoch bereits über Monate hinweg geschwächt worden. So hatte ISIS im Rahmen seiner Kampagne „Soldatenernte“ seit Juli 2013 wiederholt Guerillaangriffe in der Provinz Ninive unternommen, Familien von Staatsbeamten eingeschüchtert und Führungsfiguren ermordet. Währenddessen hatte das Verteidigungsministerium in Bagdad seine qualifizierten Kräfte im Kampfge-

biet Falludscha konzentriert und in Sicherungsmissionen gebunden, etwa in Anbars-Provinzhauptstadt Ramadi oder in der heiligen Stadt Kerbela, wo am 14. Juni religiöse Feierlichkeiten stattfinden sollten. Die Ablenkung von Premierminister und Oberbefehlshaber Nuri al-Maliki durch die schwierigen Gespräche über die Bildung seiner dritten Regierung mag ein Übriges getan haben, um die Reaktion der Streitkräfte zu lähmen.

Mit ihrer Offensive im Nordirak hat die Führung von ISIS um den Iraker Abu Bakr al-Bagdadi die Schwächen der regierenden Parteien und des irakischen Militärs aufgedeckt und ausgenutzt: Erstens die Uneinigkeit, wer das Land alternativ zu dem vielkritisierten Maliki regieren soll; zweitens die Ratlosigkeit, wie die schiitische Bevölkerungsmehrheit mit dem aktiven oder passiven Widerstand der sunnitischen Minderheit umgehen soll, die einst den Staatsdienst dominierte und nach dem Sturz von Saddam Hussein ihren Einfluss verlor; sowie drittens die Mutlosigkeit, die Armee von korrupten und inkompetenten Offiziere zu säubern, fähigen Militärs mehr Entscheidungsraum zu überlassen und die Eigeninitiative von Unteroffizieren und Mannschaften zu fördern.

ISIS gelang seinerseits der Aufbau klarer Kommandostrukturen, strategische Kohärenz und taktische Flexibilität. So reagierten die Dschihadisten nach ihrem plötzlichen Durchbruch in Mosul mit weiteren raschen Vorstößen, um ihren Erfolg auszunutzen. In rascher Folge eroberten sie Dörfer und Städte entlang der Autobahn in Richtung Bagdad. Bereits am 11. Juni fiel die Ölstadt Baji in ihre Hände. Zur gleichen Zeit bemächtigten sich Kämpfer der Städte Hawija und Tuz Kurmatu westlich und südlich der Ölmetropole Kirkuk. Auch die Heimatstadt von ex-Diktator Saddam Hussein, Tikrit, wurde kurzfristig von den Aufständischen erobert. Gleichzeitig führte die Gruppe Bombenanschläge im schiitischen Südirak aus, die ihren Einfluss bis an die kuwaitische Grenze demonstrierte.

In der gesamten Kampagne zeigte ISIS bisher auch einen ungewohnt

großen Pragmatismus im Umgang mit den „befreiten“ Gebieten: In Mosul legten die Gotteskrieger etwa die Priorität auf den Wiederaufbau einer funktionierenden Stadtverwaltung und die Rückkehr zum Alltagsleben, statt auf eine sofortige Einführung ihrer rigiden Moral- und Rechtsvorstellungen. Damit könnte es ISIS gelingen, die Mehrheit der sunnitischen Iraker, die keineswegs mit den Ideen al-Qaidas einverstanden sind, passiv zu halten. Weiter hat ISIS offenbar die Waffenhilfe der Naqshabandi-Armee angenommen, einer Guerillagruppe von ehemaligen Parteigängern des gestürzten Präsidenten Saddam Hussein. Dieses Zweckbündnis könnte zu einer dauerhaften Allianz werden in der islamistische und säkulare Sunniten gemeinsam gegen das „schiitische“ Bagdad kämpfen.

Die Zentralregierung hat auf den Verlust von Mosul und den weiteren Vormarsch von ISIS panisch reagiert. Premierminister Maliki räumte in einer Ansprache am 11. Juni ein, dass seine Armee, um deren professionellen Aufbau er sich seit 2006 bemüht hatte, die zweitgrößte Stadt des Landes an einige wenige Terroristen – offenbar rund 1.000 Mann – verloren hatte. Den geschlagenen Soldaten befahl er, sich zu den Militärbasen von Taji und Balad vor den Toren Bagdads zurückzuziehen – rund 400Km südlich von Mosul. Die Belagerung von Falludscha ließ er abbrechen. Gleichzeitig rief Maliki sogar die Bevölkerung dazu auf, sich freiwillig zu melden, um gegen al-Qaida zu kämpfen. Mit seiner Reaktion gestand der Premierminister ein, dass der gesamte Norden kein sicheres Gebiet mehr ist und suggerierte, dass die Hauptstadt selbst in Gefahr sein könnte, dem Vormarsch der Dschihadisten zum Opfer zu fallen.

Um die Lage wieder unter Kontrolle zu bringen, forderte Maliki das Parlament auf, den Notstand zu erklären und die kommenden Maßnahmen der Regierung zu unterstützen. Dieser Vertrauensbeweis blieb dem Premier jedoch vorenthalten. In der bereits für den 12. Juni einberufenen Sitzung boykottierte die Mehrzahl der sunnitischen und kurdischen Abge-

ordneten die Abstimmung – ein deutliches Zeichen dafür, dass diese nicht bereit sind Maliki in einer nationalen Krise zu unterstützen, für deren Ursprung sie die schlechte Politik des Regierungschefs selbst verantwortlich machen.

Während sich so die Sunniten und Kurden von Bagdad abwenden, rücken die Schiiten näher zusammen. Bereits am 11. Juni schlug Muktada al-Sadr, Führungsfigur der zweitwichtigsten schiitischen Partei des Iraks, die Bildung von „Friedenstruppen“ vor, offenbar schiitische Milizen, die vor Moscheen, Kirchen und anderen heiligen Stätten des Landes positioniert werden sollten. Sadr betonte jedoch, er sei nicht bereit das Land in einen ethnischen Konflikt zwischen schiitischen Milizen und sunnitischen Terroristen abgleiten zu lassen.

Bedeutender könnte indes die schnelle Reaktion der iranischen Republik sein, die als schiitische Schutzmacht ein langjähriger Partner der Maliki-Regierung ist. Bereits am Tag nach dem Fall von Mosul überquerten zwei Bataillone der al-Quds Brigade der iranischen Revolutionsgarde die Grenze, um die Verteidiger in Bagdad und in den heiligen Stätten von Nadschaf und Kerbela zu unterstützen. Der Leiter der Quds-Brigade, General Qassem Sulaimani, reiste offenbar ebenfalls nach Bagdad, um die irakische Militärführung direkt zu beraten. Eine dritte Einheit des iranischen Militärs hat scheinbar bereits in die Kämpfe eingegriffen und die irakische Armee bei der Rückeroberung von Tikrit am 12. Juni unterstützt.

Angesichts dieser internen und externen Unterstützung sowie den beträchtlichen eigenen Ressourcen der irakischen Regierung lässt sich eine weitere Ausdehnung von ISIS in die schiitischen Siedlungsgebiete des Zentraliraks wohl eher ausschließen. Umgekehrt erscheint eine baldige Rückeroberung von verlorenen Gebieten durch die irakische Armee, unter Anleitung iranischer Offiziere, wahrscheinlich. Doch eine anti-Terror-Offensive gegen wenige

tausend Dschihadisten könnte sich rasch zu einer Unterwerfungskampagne wie in Syrien ausweiten, sollte es ISIS gelingen, die sunnitischen Stämme und die städtische Bevölkerung für ihren Kampf gegen „die Perser“ und „das schiitische Bagdad“ zu mobilisieren. Neben dem schnellen Bewegungskrieg der letzten Tage könnte es dann zu schweren Kämpfen kommen, bei denen wenig Rücksicht auf die Zivilbevölkerung genommen werden wird.

Positiv könnte sich der Konflikt indes für die Kurden auswirken, die im Nordirak nun ihre nationalen Interessen durchsetzen können. Seit zehn Jahren fordert die kurdische Regierung die Eingliederung großer Territorien in ihre Kurdischen Autonome Region (KAR). Zuletzt hatte sich der Streit im November 2012 in offenen Gefechten zwischen irakischen Truppen und kurdischen Peschmerga entladen. Nach dem Zerfall der staatlichen Ordnung in Mosul rückten daher Einheiten aus der KAR vor und besetzten am 12. Juni die Stadt Kirkuk. Möglich wäre, dass das kurdische Parlament die seit langem eingeforderte Stadt und andere Gebiete in nächster Zeit einseitig annektiert und dadurch einen Bruch mit Bagdad riskiert. Bereits vor den irakischen Wahlen im April hatte KAR-Präsident Barzani durchblicken lassen, dass eine Abspaltung Kurdistans für ihn denkbar wäre.

Als weiterer Nutznießer des Krieges kann zudem der Iran gelten, auf den die Regierung in Bagdad mehr als je zuvor angewiesen ist. Sollten sich die iranischen Revolutionsgarden auch in den nächsten Wochen als elementar für den Schutz der irakischen Schiiten erweisen, wird das die Souveränität des Landes massiv schwächen. Premierminister Maliki könnte dann gezwungen werden, sein Bemühen um eine Balance zwischen den Vereinigten Staaten und der Islamischen Republik aufzugeben. Nach der Schwächung von Baschar al-Assad in Syrien hätte man dann im irakischen Regierungschef einen weiteren abhängigen Bündnispartner in der arabischen Welt gewonnen.

Der offene Krieg, den ISIS im Irak neu entfesselt hat, hat somit das Potenzial, das Land zu extremen Richtungsentscheidungen zu zwingen, die seine Politiker in den letzten zehn Jahren aufgeschoben haben: schiitische Alleinregierung oder Machtbeteiligung aller Ethnien nach Proporz, starker Zentralstaat oder mehr föderale Strukturen, die kurdische Unabhängigkeit oder Akzeptanz der kurdischen Autonomierechte, ein iranisches Bündnis oder Annäherung an den Westen. Daneben bleibt aber auch eine für die letzten Jahre fast landestypische Entwicklung möglich – alles ist in Bewegung, aber nichts wird entschieden.

Dr. Hauke Feickert

Dr. Hauke Feickert ist Lehrbeauftragter am Centrum für Nah- und Mittelost-Studien (CNMS) der Philipps Universität Marburg www.uni-marburg.de/cnms. Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

THEMEN

Are the Russian Armed Forces a Threat to NATO?

The invasion of Georgia in 2008 exposed significant military weakness and triggered a huge rebuilding plan. Efforts to raise standards have, however, been dogged by mismanagement, corruption, changes in plans. Under Russia's 10-year reform plan of 2009, its military forces should have been at one million last year. Currently the headcount stands at a number between 700,000 and 800,000.

In practice, the reforms have run into significant difficulties. One of the core problems today faced by the Russian armed forces is a lack of standardization. For example, the motorized rifle brigades comprise four different types: two types of heavy brigades as well as medium and light structures. These, along with the tank brigades are equipped with ten different modifications of four different Main Battle Tanks (T-64, T-72, T-80 and T-90) and seven different types of Armored Personnel

Carriers. Most of these carry different machine guns or cannons with differing fire control systems, ballistics and caliber of ammunition. Some of the vehicles require diesel fuel, others gasoline. In short, the Russian army is faced with a logistical nightmare. This calls into question the very idea that brigades might be fully combat-ready upon taking possession of pre-deployed vehicles. From this it becomes clear, that a Russian brigade might even have problems in carrying out effective offensive operations against the prepared defenses of any NATO Unit larger than a company.

These problems became acutely apparent during the Vostok-2010 exercises in the Russian Far East. A brigade, trained to operate BMP-2 Infantry Fighting Vehicles, was deployed to the Eastern Military District only to find that the assigned vehicles were of a different type (BMP-1) meaning that the troops were unable to make effective use of the equipment. Three years later the exercise was repeated – this time the brigade was deployed by train to the Far East together with their equipment. What also became clear was that the long-awaited Sozvezdie M2 command and control system designed to connect brigade units during combat was in fact further complicating matters. The exchange protocols could not communicate with the system used by the Russian General Staff, nor could it interact with the air defense unit command and control system.

The Five Day War with Georgia exposed significant shortfalls of the Russian air force. The ability of the air force in combating enemy air defense has to be judged as limited for a country aspiring to be a great military power. Russia lost ten combat aircraft during the short conflict over the course of a total of 200 missions – five were lost on the first day of the conflict. Georgia lacked fighter aircraft as well as a comprehensive and integrated air defense system which puts the Russian losses into perspective. The Russian air force was also unable to provide effective ground support due to a lack

of trained forward air controllers and non-compatible radio systems. Ground troops were not able to communicate with the pilots, nor could either effectively operate at night due to the lack of night vision equipment.

The Russian government has since taken steps aimed at improving the effectiveness of the Russian armed forces. It plans to increase the number of "contract personnel", higher paid volunteers, who fill most of the NCO and specialist slots, from 200,000 to 425,000 over the next few years and ensure that a training and selection programme will ensure that the right people are recruited. However, army service is so despised that even competitive pay and better living conditions are not attracting as many qualified volunteers as needed. The balance of recruits are conscripts who now only serve for one year rather than two. The declining birthrate since the end of the Soviet Union has resulted in the number of draftees declining from 1.5 million in the early 1990s to 800,000 today. Less than half of the conscripts are turning up for duty and many have criminal back-grounds or are unfit for duty. Given the growing number of ill-trained and unreliable conscripts, high levels of corruption amongst the officer corps the Russian military is more of a mirage than an effective combat organisation. Even Russian sources state that the Federal Targeted Program of Transition to the Contract Basis, which was implemented in 2004-2007, was a failure.

One of the most expensive and long-term reform is the modernization according to the State Armament Programme for 2011 - 2020. If successfully executed, the Russian Armed Forces will be 70% equipped with new weapons and military equipment. "New" in this context does not necessarily mean "modern". In December 2008, for the first time since the end of the Soviet Union, a contract was signed for the purchase of 32 Su-34 fighters. This was rapidly followed for further orders, including the re-purchase of 34 MIG-29 fighters from Algeria. In this way,

contracts were signed for 130 tactical fighter aircraft. The Navy signed contracts for the purchase of frigates and submarines, and has signed orders with France for the delivery of two Mistral class LPDs. The army has ordered Iveco armored vehicles from Italy and UAVs from Israel. The priorities of the conventional arms programme are firmly focused on improving C4ISR capabilities and military transport aircraft to improve troop mobility. All in all, Russia plans to spend \$616 billion on weapons by 2020.

The main threat to the success of the programme is macroeconomic uncertainty. Currently, Russia's economic situation is grim. In the first quarter of 2014 GDP sank by 0.5% against the same period last year (2013). The World Bank has forecast negative growth rates (1.8%) for 2014, should the Ukraine crisis continue. In the first quarter of 2014 capital flight reached \$70 billion and is set to reach \$150 billion by the end of the year.

Given the grave economic outlook for Russia it remains very questionable if the highly ambitious programme of military spending can be realized. All points to the fact that currently Russia's armed forces are at 80% of planned strength (at best) and that number is set to decline as Russia's economic situation continues to deteriorate. The ambitious programme was based on the assumption that growth rates would average at 6%, economic growth was only at around 4% in 2011 when the programme was launched. To fund the programme, Russia has been forced to resort to state-guaranteed credits and defense spending as a proportion of GDP has continued to rise as the economy declines.

Russia's military might be the largest in the region, but it isn't the same force as the Red Army. At the same time, the military balance in Europe has also changed drastically. This has led to some concerns that the West's ability to deter Russia is weaker than it was during the cold war. The truth, however, is quite the opposite.

The military balance in Europe is more favorable to NATO today than it was when nearly ten times as many US troops were based in Europe.

According to IISS, the Soviet Union deployed a total of 64 divisions in the Western Theatre of Military Operations. They would have been reinforced by around 700,000 troops from East Germany, Czechoslovakia and Poland. In all, the Warsaw Pact would have had more than 100 divisions at its disposal. NATO would have been able to muster around 25 equivalent divisions.

Since the end of the Soviet Union the situation has changed dramatically. Today, Russia has a total of seven divisions in its Western Military District and can muster a total of about 25 divisions. Its former allies are members of NATO and are backstopped by the rest of NATO – including the United States. These numbers do not take into account the general deterioration of Russian forces since 1991 and the increase in effectiveness of NATO. Even Vladimir Putin can see that the Russian conventional armed forces are outgunned. The Strategic Nuclear Forces and a renewed interest in Chemical and other weapon systems remain Russia's trump card and sole option to contain NATO.

Maxim Worcester

Maxim Worcester is Managing Director of German Business Protection GmbH (GBP), a Berlin based Security Consultancy. GBP is a subsidiary company of KÖTTER Security. In the past he worked, amongst others, for the Economist Intelligence Unit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Control Risks and KPMG. This paper was first published: ISPSW Strategy Series: Focus on Defense and International Security, Issue No. 272, May 2014
www.ispsw.de

THEMEN

Lehren aus 10 Jahren Aktionsplan Zivile Krisenprävention – Wie weiter?

Vorbemerkung

Zehn Jahre besteht inzwischen der Aktionsplan „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“ der Bundesregierung. Aus diesem Anlass lud der neu konstituierte Unterausschuss zivile Krisenprävention und vernetztes Handeln des Bundestages zu einer öffentlichen Sitzung mit Sachverständigen und einem anschließenden „Geburtstagsempfang“ ein. Moderiert von der Unterausschussvorsitzenden Dr. Franziska Brantner nahmen die Sachverständigen einleitend Stellung und antworteten auf Fragen der ungewöhnlich zahlreich erschienenen Abgeordneten:

- Dr. **Patricia Flor**, Leiterin der Abteilung Vereinte Nationen und Globale Fragen im Auswärtigen Amt,
- Dr. **Martina Fischer**, Berghof-Foundation,
- **Cornelia Brinkmann**, Geschäftsführerin von „Steps for Peace“/Institut für Peacebuilding,
- Dr. **Hans-Dieter Heumann**, Präsident der Bundesakademie für Sicherheitspolitik,
- Ex-MdB **Winfried Nachtwei**.

Der zusammenfassende Bericht „Ein friedenspolitisches Leitbild wird gebraucht“ unter www.bundestag.de/dokumente/textarchiv/2014/50472761_kw19_pa_krisenpraeventio/n/216834 Hier auch die Statements der Sachverständigen.

Die zahlreichen Gästen hatten dreifachen Grund zur Freude: Wiederbegegnung mit vielen langjährigen MitstreiterInnen und Pionieren der zivilen Konfliktbearbeitung, Begegnung mit ermutigend vielen Jüngeren, ein erfreulicher Geburtstag mit Hoffnungszeichen. Der Vorgängerausschuss hatte am 14. Juni 2010 mit der Anhörung „Erfahrungen und Perspektiven der zivilen Krisenprävention“ seine öffentliche Beratungstätigkeit aufgenommen. (Meine damalige Stellungnahme unter

www.nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&catid=77&aid=982

Statement

(gegenüber dem gesprochenen Wort etwas erweitert)

Vielen Dank, dass Sie dem zehnjährigen Bestehen des Aktionsplans „Zivile Krisenprävention“⁵ die heutige Sitzung des Unterausschusses widmen und dabei die gute Tradition der vorigen Legislaturperiode, Ihr öffentliches Tagen, fortsetzen. So kann ich unter den vielen Gästen heute auch besonders herzlich Professor Theodor Ebert begrüßen, einen besonders verdienten Pionier und Anstifter der zivilen Friedensförderung. Als Mitglied des Verteidigungsausschusses und des Unterausschusses Abrüstung hatte ich seit 1994 intensiv mit allen deutschen Krisenengagements zu tun. Zusammen mit Dr. Jörn Gravingholt vom Deutschen Institut für Entwicklungspolitik bin ich seit 2011 Ko-Vorsitzender des Beirats Zivile Krisenprävention.

Der Aktionsplan 2002/2004

Die Erfahrungen mit den Balkankriegen und anderen innerstaatlichen Konflikten unterstrichen in den 90er Jahren die Dringlichkeit neuer Instrumente und Maßnahmen der zivilen Konfliktbearbeitung über die bisherigen Instrumentarien von Diplomatie und Entwicklungszusammenarbeit hinaus. 1996 fand sich mit den KollegInnen Rainer Eppelmann, Heiner Geißler (CDU), Gert Weiskirchen, Uta Zapf (SPD), Irmgard Schwaetzer (FDP), Christa Nickels und mir (Grüne) erstmalig im Bundestag eine fraktionsübergreifende Initiative für die Unterstützung eines Zivilen Friedensdienstes (ZFD).⁶

Mit der Koalitionsvereinbarung von 1998 wurde der Weg frei für

⁵ Die vollständige, die verschiedenen Phasen eines Konfliktzyklus adressierende Bezeichnung lautet „Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung“.

⁶ Der Antragsentwurf begrüßte die ZFD-Initiative aus den beiden großen Kirchen und anderen Organisationen. Binnen zwei Jahren sollten in Bosnien 200 Fachleute zur gesellschaftlichen Friedensförderung eingesetzt werden können. Zur Finanzierung der Gesamtkosten von 30 Millionen DM sollte der Bund nur zwei bis drei Millionen Mark beitragen. Entwicklungsminister Spranger lehnte diese Mitfinanzierung ab.

den Aufbau neuer Einrichtungen wie dem Zentrum Internationale Friedenseinsätze (ZIF), Ziviler Friedensdienst, Deutsche Stiftung Friedensforschung (DSF), Förderprogramm zivik, Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (FriEnt) u.a..

Vier Jahre später konnte das Vorhaben eines Aktionsplans zivile Krisenprävention im rot-grünen Koalitionsvertrag verankert werden: Nach den Einzelinstrumenten sollte nun das ganze Politikfeld systematisch gestärkt werden. Meine Erfahrungen mit den ganzheitlichen Ansätzen von Bundeswehrreformen waren mir dabei eine wichtige Anregung. Abgesehen von dem Einwand eines hohen AA-Beamten, es gebe doch schon so viele Aktionspläne, gab es in den Koalitionsverhandlungen keine Widerstände gegen das Vorhaben. Im Vergleich zu heute rasend schnell ging es an den Start: Nach den Bundestagswahlen vom 22. September 2002 war der Koalitionsvertrag schon am 7. Oktober fertig verhandelt. Am 16. Dezember fand auf Einladung des AA eine erste Ressortbesprechung zum Aktionsplan statt. Schon am 30. Dezember hatten die beteiligten zehn (!) Ressorts (einschließlich Kanzleramt) eine erste konzeptionelle Skizze auf dem Tisch. Wie dann im Laufe des Irakkrieg-Jahres 2003 zuständige Beamte eigenständig und in konstruktivem Austausch mit zivilgesellschaftlichen Akteuren den Aktionsplan erarbeiteten, gehört zu meinen größten positiven „Enttäuschungen“ als Parlamentarier. Stellvertretend ist hier Martin Fleischer als verantwortlichem Projektkoordinator des AA zu danken!

Der am 12. Mai 2004 vom Bundeskabinett verabschiedete Aktionsplan definierte als strategische Ansatzpunkte der zivilen Krisenprävention die Förderung verlässlicher staatlicher Strukturen, die Schaffung von Friedenspotenzialen in Zivilgesellschaft, Medien, Kultur und Bildung sowie die Sicherung von Lebenschancen in Wirtschaft und Umwelt.⁷ Als weitere zentrale Handlungsfelder der

⁷ Unterrichtung durch die Bundesregierung, Bundestags-Drucksache 15/5438 vom 26.5.2004.

zivilen Krisenprävention nannte er die Nichtverbreitung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, die Verrechtlichung von Konfliktaustragung, die Mitwirkung internationaler Finanzinstitutionen und Globale Partnerschaften zwischen dem privaten und öffentlichen Sektor, die Stärkung der globalen (VN) und regionalen Ebenen (EU, afrikanische Regionalorganisationen). Der Aktionsplan beinhaltete die erste umfassende ressortübergreifende Bestandsaufnahme der in den zurückliegenden Jahren unternommenen Maßnahmen zur Friedensförderung und definierte Krisenprävention als Querschnittsaufgabe. Als Voraussetzung für rechtzeitiges und kohärentes Handeln wurde die Bedeutung einer Infrastruktur der Krisenprävention betont. 161 Aktionen veranschaulichten eine beeindruckende Vielfalt und Breite des Politikfeldes. Die Schattenseite war, dass eine solche Fülle nicht priorisierter Aktionen schlichtweg überforderte und den Ansatz diffus werden ließ.

Das Echo der Fachöffentlichkeit war, auch international, weitestgehend sehr positiv: Ein großer konzeptioneller Fortschritt zu mehr Friedensfähigkeit.⁸ Konstatiert wurde zugleich, dass eine verbesserte personelle und finanzielle Ausstattung sowie eine ständige Begleitung durch Parlament und Öffentlichkeit für die Umsetzung des Aktionsplans unabdingbar sei. Die Stellungnahme von VENRO zum Aktionsplan brachte die positiven, offenen und strittigen Aspekte vorausschauend auf den Punkt. In sehr falscher Bescheidenheit verzichtete die Bundesregierung zunächst darauf, den Aktionsplan als Bundestagsdrucksache herauszugeben. Umso prominenter wurde am 11. Mai 2005 das einjährige Bestehen des Aktionsplans mit 400 Gästen im Welsaal des Auswärtigen Amtes begangen. Eine erste Bundestagsdebatte zum Thema fand al-

⁸ Die Friedenswarte Band 79, Heft 3-4 2004, Schwerpunktthema: Aktionsplan; meine Kommentare von 2003, 2004, 2005 und 2010 auf www.nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1281. Eher eine Ausnahme war eine Stellungnahme wie die der Münchner Bürgerinitiative für Frieden und Abrüstung (BIFA): „Rot-grüner Etikettenschwindel – Der stille Angriff auf die Friedensbewegung“, München 2005.

lerdings erst am 15. Dezember 2006 anlässlich des 1. Umsetzungsberichts des Aktionsplans statt.⁹

Umsetzung

Wie sehr sich in den zurückliegenden 15 Jahren die Instrumente ziviler Konfliktbearbeitung weiterentwickelt und ihre Akteure an Kompetenz gewonnen haben, habe ich immer wieder bei Besuchen in Krisenregionen auf dem Balkan, im Kongo und in Afghanistan, aber auch bei den entsprechenden Einrichtungen hierzulande erlebt: Ihre Fachleute sind besonders dicht dran an den jeweiligen Konfliktgesellschaften, professionell, lebhaft, ausdauernd.

In der Politik sind inzwischen die früher umstrittenen Instrumente anerkannt und in gutem Sinne etabliert.¹⁰ Die Zeit, wo sich der Kollege einer anderen Oppositionsfraktion lustig machte über das, was er „weiße Salbe für verwundete rot-grüne Seelen“ nannte, ist lange vorbei. Die Einsetzung des neuen Unterausschusses zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit 2009 brachte für das Thema einen Schub an Wahrnehmung und Debatte.

ABER: Wie dringend der Bedarf an mehr Kapazitäten der zivilen Krisenprävention und Friedenskonsolidierung ist, erlebte ich ebenfalls bei Besuchen in Krisenregionen und in vielen Gesprächen mit Einsatzrückkehrern. Insbesondere beim Afghanistaneinsatz war über viele Jahre der Rückstand der zivilen Fähigkeit des Peacebuilding (Diplomaten, Polizeiberater) eklatant. Offiziere sprachen diese Fähigkeitslücke

⁹ Vgl. zu den Bundestagsdebatten zur zivilen Konfliktbearbeitung insgesamt Christian Egbering, Tagesordnungspunkt „Zivile Konfliktbearbeitung“ – Eine Diskursanalyse anhand von Reden im Deutschen Bundestag, Neumünster 2012; meine Publikationsliste zu ziviler Krisenprävention und Friedensförderung 1988-2014 unter

www.nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1282

¹⁰ Voraus gingen einige „Dürrejahre“ des Aktionsplans, wo sich der Eindruck aufdrängte, dass der Aktionsplan auf der politischen Leitungsebene der Ministerien, aber auch in der Breite des Parlaments nicht angekommen war. Eine Ausnahme war, dass das Verteidigungsministerium im Frühjahr 2005 zehn Millionen Euro für Zwecke des Aktionsplans zur Verfügung stellte.

immer wieder sehr eindringlich an, viel mehr als Außenpolitiker und Angehörige der anderen „Afghanistan-Ministerien“.

Die neuen Fähigkeiten der zivilen Krisenprävention blieben eine Qualifizierung „in der Nische“. Eine Verankerung als Querschnittsthema gelang nur sehr begrenzt.¹¹ Dem Ressortkreis fehlten dazu schlichtweg die Zuständigkeiten und Ressourcen. Bis 2009 schien mir oft das unausgesprochene Motto zu sein: *„Wir tun das Beste im Rahmen unserer begrenzten Möglichkeiten. Aber ändert ja nichts an unseren begrenzten Möglichkeiten!“*

Wie stand es um Kohärenz und vernetztes Handeln? Fortschritte sind unbestreitbar. Aber die Rhetorik ist der Praxis immer noch weit voraus! Mir ist bewusst, dass es für Prävention keine Erfolgsgarantie gibt. Aber auch von einer bestmöglich wirksamen Krisenprävention sind wir noch erheblich entfernt.

Neue Chancen

Mit dem Diskurs um eine „Neue Verantwortung“ deutscher Außenpolitik und dem Review-Prozess 2014 „Außenpolitik Weiter Denken“ sowie dem Konsultationsprozess „Zukunftscharta“ des BMZ ist die – seit Jahren geforderte – breite außen-, friedens- und sicherheitspolitische Debatte so offen, wie es das seit Jahrzehnten nicht gegeben hat.¹²

¹¹ Zum aktuellen Stand des Politikfeldes empfehlenswert der Sammelband von Andreas Heinemann-Grüder/Isabella Bauer (Hrsg.), Zivile Konfliktbearbeitung – Vom Anspruch zur Wirklichkeit, Opladen 2013.

¹² Die Ergebnisse einer bei der Auftaktkonferenz am 20. Mai im AA vorgestellten Umfrage „Einmischen oder zurückhalten?“ geben dem Politikfeld der Zivilen Krisenprävention einen deutlichen Rückenwind: Auf die Frage, wo sich Deutschland stärker orientieren solle, antworteten 86% in der humanitären Hilfe, 85% diplomatische Verhandlungen, je 80% Stärkung der Zivilgesellschaft, Abrüstung und Rüstungskontrolle, 75% Ausbildung von Polizei- und Sicherheitskräften, 68% Hilfe beim Aufbau staatlicher Institutionen. Repräsentative Infratest-Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung, www.koerber-stiftung.de/internationale-politik/sonderthemen/umfrage-aussenpolitik.html Meine Anmerkungen „Einmischen oder zurückhalten? Kommt ganz drauf an!“ unter www.nachtwei.de/index.php?module=articles&func=display&aid=1288

Der 20. Jahrestag des Völkermords von Ruanda erinnert daran, dass es im Rahmen der Responsibility to Protect zuerst um die Vorbeugung von Massenverbrechen gehen soll – und dass hierbei die Fortschritte noch dürftig sind.

Der Weltentwicklungsbericht der Weltbank von 2011 hat den engen Zusammenhang von Konflikten, Sicherheit und Entwicklung und knüpft an die strategischen Ansatzpunkte des Aktionsplans an.

20 Jahre Erfahrungen mit deutschen Beteiligungen an internationalen Krisenengagements, 10 Jahre Erfahrungen mit dem Aktionsplan drängen auf Auswertung und Konsequenzen.

Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD spricht der zivilen Krisenprävention „eine besondere Bedeutung“ zu und will „deren Strukturen stärken und weiterentwickeln.“ Die unumstrittene Fortsetzung des Unterausschusses ist ein gutes Zeichen!

Lehren und Konsequenzen: Sieben K's

(1) Konzeptionell

Bisher stehen verschiedene Grundlagendokumente deutscher Außen- und Sicherheitspolitik relativ unverbunden nebeneinander. (Aktionsplan, Weißbuch zur Sicherheitspolitik, Verteidigungspolitische Richtlinien, Leitlinien fragile Staaten, BMZ-Strategiepapier „Entwicklung für Frieden und Sicherheit“) Unklar ist das Verhältnis zwischen den Schlüsselkategorien vernetzte Sicherheit und Zivile Krisenprävention. Letztere betont die Zieldimension „friedliche Konfliktbearbeitung“, erstere ist auf Sicherheit, primär die eigene, fokussiert. Verfehlt war, in den Umsetzungsberichten zum Aktionsplan (2006, 2008 und 2010) militärische Mittel unterschiedslos unter Krisenprävention zu subsumieren.

Für die friedens- und sicherheitspolitische Orientierung und Vergeisserung wäre die Entwicklung eines friedenspolitischen Leitbildes als Konkretisierung des Friedensauftrages des Grundgesetzes sehr hilfreich. Damit sollte zugleich die Brücke zur VN-Friedenssicherung geschlagen werden, deren Normen und Erfahrungen einer

viel stärkeren Beachtung bedürfen. Ein weiterentwickelter (oder neuer) Aktionsplan müsste die veränderten Rahmenbedingungen für zivile Krisenprävention (z.B. Beschleunigung und Vernetzung von Konflikt-dynamiken, Internet) reflektieren, Prioritäten und Schwerpunkte benennen und den Do-No-Harm-Ansatz für die Breite der Politik wiederbeleben.

Verankert werden müssten systematische Wirkungsanalysen und -beobachtungen. Ohne sie ist effektivere Krisenprävention ein Stochern im Nebel.

(2) Kompetenz

Was in der Entwicklungszusammenarbeit seit Jahren vorangebracht wurde, ist auch in der Ausbildung und im Anforderungsprofil des Auswärtigen Dienstes zu verankern – Krisensensibilität.

Wirksame Krisenprävention ist unverzichtbar angewiesen auf umfassende lokale, regionale und interkulturelle Kompetenz und Bodenhaftung. Zu etlichen „neuen“, auch deutsche Politik fordernden Krisenregionen (Westafrika, Ukraine) ist die Zahl der Regionalexperten hierzulande sehr begrenzt. Hier käme es darauf an, „blinde Flecken“ in der Forschungslandschaft zu identifizieren und abzubauen.

Die im Jahr 2000 gegründete Deutsche Stiftung Friedensforschung ist mit 27 Mio. Euro (empfohlen waren ursprünglich 50 Mio. Euro) deutlich unterkapitalisiert.¹³ Angesichts der andauernden Niedrigzinsen gehen ihre Forschungsfördermittel gravierend zurück – und das bei steigenden Anforderungen! Um die Handlungsfähigkeit der DSF zu sichern und zu verbessern (z.B. Für international vernetzte Forschung und Nachwuchsförderung) benötigt sie eine deutliche Kapitalerhöhung.

¹³ Ein Förderungsschwerpunkt der DSF ist Gewaltprävention und Konfliktdynamik, Konfliktbearbeitung, Friedenskonsolidierung, Rüstungskontrolle und Abrüstung, Friedensvölkerrecht – alles Themenschwerpunkte auch des Aktionsplans Die DSF ist deutlich schlechter ausgestattet als andere vom Bund (mit-)gegründete Stiftungen der Wissenschaftsförderung.

(3) Krisenfrüherkennung

Über die komplexen und fordernden Stabilisierungseinsätze in Post-Conflict-Ländern trat in der deutschen Politik in den letzten Jahren die eigentliche Gewalt- und Krisenprävention immer mehr in den Hintergrund. Wo die Bewältigung der Tagesaufgaben und des Dringlichen schon alle Arbeitskraft absorbiert, geraten wichtige, aber zunächst nicht dringlich erscheinende Herausforderungen der Krisenfrüherkennung und Prävention notorisch unter die Räder.

Nichtsdestoweniger gut aufgestellt ist die Krisenfrüherkennung und Frühwarnung bezogen auf den Schutz deutscher Staatsbürger. Die notwendigen Fähigkeiten scheinen effektiv über das Krisenreaktionszentrum im Auswärtigen Amt organisiert zu sein.

Die Früherkennung politischer Krisen ist demgegenüber noch lückenhaft: Rund um den Globus sind die Botschaften die ersten Sensoren. Ob sie krisensensibel sind oder auch nicht, hängt wesentlich von der Botschafter-Person ab. Die länderbezogenen Krisenfrüherkennungsanalysen und „Indication & Warning-Meldungen“ des BND kann ich mangels Einsichtnahme nicht beurteilen. Die im Auftrag des BMZ vom German Institute for Global and Area Studies (GIGA) jährlich erstellten Analysen zu innerstaatlicher Gewaltneigung dienen primär der längerfristigen und strukturbezogenen Prävention und der Ausrichtung von Länderstrategien.

Die Verhütung von Massenverbrechen im Sinne der Schutzverantwortung ist bisher in Deutschland – im Unterschied zu den USA – nicht als nationales Interesse definiert. Bisher gibt es in der Bundesregierung keinen Ort, wo Krisenfrüherkennung verschiedener staatlicher und nichtstaatlicher Sensoren zusammenlaufen und wo wegen enger Anbindung an die politische Leitung auch early action ermöglichen würde.

Neben Risikoanalysen wären Chancenanalysen, Identifizierung von Friedenspotenzialen, konstruktiven Akteuren und Prozes-

sen für wirksame Krisenprävention und Friedensförderung von essentieller Bedeutung. Meines Wissens gibt es in Deutschland bisher keinen Ort, wo eine solche Chancenfrüherkennung systematisch betrieben würde.

(4) Kohärenz

Dass kein Akteur eine Krise allein bewältigen kann, ist unter Krisen- und Friedenspraktikern ziemlich bekannt. Viel weniger klar ist, wer was mehr oder weniger gut kann.

Wo nicht nur abstrakte, sondern auch operative Ziele zusammenpassen, sind Vernetzung, Kooperation für mehr Kohärenz möglich und nötig.

Der Ressortkreis braucht zur Wahrnehmung seiner Schlüsselrolle spezifische Befugnisse (nicht auf Kosten z.B. der Länderreferate, sondern zum beidseitigen Nutzen), mehr Kapazitäten, Verfügungsmittel und insbesondere eine direkte Anbindung an die Leitungsebene.

Die vielfältige Akteurslandschaft der zivilen Konfliktbearbeitung erfahre ich – trotz zunehmenden Austauschs – immer noch als ziemlich fragmentiert. Allzu oft sind die verschiedenen „Subkulturen“ noch verschiedene Welten mit verschiedenen „Sprachen“ und zu wenig interkultureller Kompetenz bezogen auf potenzielle Kooperationspartner. Zivilgesellschaftliche Akteure erfahren die Bereitschaft zum kontinuierlichen Dialog von Ministerium zu Ministerium als recht unterschiedlich.

Wichtige Funktionen wie Krisenfrüherkennung, Erfahrungsaustausch, -auswertung und -sicherung, Aus- und Fortbildung (incl. Übungen) brauchen ressortgemeinsame Formate, Verknüpfungen, vielleicht auch zentrale Orte. Hierzu können und sollten ZIF, ZFD, DSF, zivik, FriEnt, zivilgesellschaftliche Netzwerke, BAKS, Ausbildungseinrichtungen von AA, BMZ/GIZ, Bundeswehr (VNAusbZ) und Innenministerien, Wirtschaft nach ihren Möglichkeiten beitragen.

(5) Kapazitäten

International wächst der Bedarf an Zivilexperten für Verwaltungsaufbau, Rule of Law, Sicherheitssektorreform, Polizeiaufbau, Förderung von Zivilgesellschaft, Mediation. Deutsche Fachleute haben hier einen guten Ruf. Sie sind international besonders gefragt, stehen aber in zu geringem Umfang zur Verfügung.

Exemplarisch habe ich das über die Jahre auf dem Feld der Polizei erlebt. Internationale Polizeimissionen haben im Kontext der VN-Friedenssicherung eine Schlüsselrolle bei der Förderung eines rechtsstaatlichen Gewaltmonopols und nachhaltiger Bürgersicherheit. So professionell die deutschen Polizeiberater sind, so sehr leidet ihr Einsatz seit Jahren unter politischer Vernachlässigung. Internationale Polizeimissionen und Auslandsverwendungen gehören inzwischen zu den Kernaufgaben der deutschen Polizeien. Um diese angemessen wahrnehmen zu können, bedarf es zusätzlicher Personalstellen, systematischer Erfahrungssicherung und konzeptioneller Kompetenz. (Hierfür käme die Deutsche Hochschule der Polizei infrage.) Die von der Großen Koalition angekündigte Bund-Länder-Vereinbarung ist ausdrücklich zu begrüßen.

Es ist an der Zeit, bessere Voraussetzungen für eine zügige und durchhaltefähige Entsendung von zivilen Experten zu schaffen. Dabei sollte sich die Bundesrepublik auf solche Qualifikationen konzentrieren, wo sie besondere Stärken hat. Der notwendige Kräfteaufwuchs muss nach zivilen Planzielen erfolgen.¹⁴ Dabei geben die Zivilen Planziele der EU von 2008 und 2010 eine Mindesorientierung.

Ein deutlich stärkeres Gewicht sollte die Förderung einheimischer Fachkräfte und Kapazitäten bekommen. Hierzu verfügt das AA-

finanzierte Förderprogramm „zivik – zivile Konfliktbearbeitung“ des Instituts für Auslandsbeziehungen über erhebliche Erfahrungen.

(6) Kommunikation

Die Klage über die schwierige Darstellbarkeit von Krisenprävention ist alt. In der Tat: Ihre Prozessorientierung und Langwierigkeit, die Nichtöffentlichkeit von Verhandlungen, eine erfolgreiche Gewaltverhütung, die unsichtbar und nicht voll beweisbar ist – all das ist unspektakulär und im Konkurrenzkampf um Aufmerksamkeit gegenüber Militär- und Gewaltthemen, gar bad news weit unterlegen:

„Ein Baum, der fällt, macht mehr Krach als ein Wald, der wächst“ (Tibetisches Sprichwort) oder „bad news are good news“.

Trotzdem: Es gab wichtige Fortschritte beim Sichtbarmachen ziviler Krisenprävention: Das in den Startjahren AA-geförderte multimediale Peace-Counts-Project („Expedition in wachsende Wälder“)¹⁵, die im Auftrag des Ressortkreises von SWP und ZIF erarbeitete „Toolbox Krisenmanagement“, das Dossier „Zivile Krisenprävention“ auf der AA-Seite, ansprechende und sehr informative Einzelpublikationen von ForumZFD, ZIF, ifa-zivik u.a., der erstmalige „Tag des Peacekeepers 2013“ und kürzlich der 1. ZIF-Wahlbeobachtungstag. Der Ausbruch aus dem Aufmerksam-

¹⁵ Petra Gerster mit Michael Gleich, Die Friedensmacher, 11 Reportagen, München 2005; Claudia Major, Tobias Pietz, Elisabeth Schöndorf, Wanda Hummel, Toolbox Krisenmanagement – Von der zivilen Krisenprävention bis zum Peacebuilding: Prinzipien, Akteure, Instrumente, Berlin 2011; Christine Schweitzer, Erfolgreich gewaltfrei – Professionelle Praxis in ziviler Friedensförderung, ifa-Studie, Stuttgart 2009; Krisenprävention mit zivilen Mitteln – Ein Beitrag zu Frieden und Sicherheit, hrsg. vom Auswärtigen Amt in Zusammenarbeit mit 13 Ressorts der Bundesregierung, Berlin o.J.; www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Friedenspolitik/Krisenpraevention/Grundlagen/Broschuere-1b.html; ZIF-Weltkarte „Friedenseinsätze2013/2014“; ZIF-Poster „Deutsche in Friedenseinsätzen OSZE & EU 2002-2013, Berlin 2014; Magazin ForumZFD, erscheint vierteljährlich; die FriEnt-Impulse; meine Berichte zum zehnjährigen Bestehen des ZIF 2012, zum „Tag des Peacekeepers 2013“, zum 1. ZIF-Wahlbeobachtungstag und zur Feierstunde für Teilnehmer an polizeilichen Auslandsverwendungen des Jahres 2013 auf www.nachtwei.de

¹⁴ Die Koalitionsvereinbarung von CDU/CSU und SPD 2013: Durch gezielte Maßnahmen sollen deutsche Beamte, Richter und Staatsanwälte ermutigt werden, an Auslandseinsätzen teilzunehmen. Eine „umfassende Bund-Länder-Vereinbarung“ wird angestrebt, um die „rechtlichen, organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen für den Einsatz von Polizistinnen und Polizisten in Friedensmissionen zu verbessern.“

keitsschatten gelang damit aber nicht. Hier sind verstärkte professionelle Anstrengungen nötig, um aus dem Zirkel von geringer Sichtbarkeit, schwachem/r Interesse und Lobby, geringem politischen Gewicht herauszukommen, um zivile Krisenprävention bekannter, interessanter – und damit auch politisch relevanter zu machen. Ein (erstmaliger!) Besuch des Außenministers, der Kanzlerin oder des Bundespräsidenten z.B. beim ZIF könnte da ein Zeichen setzen.

(Nachbemerkung: Mit den vielen Gästen, Sachverständigen und Abgeordneten war im Unterausschuss ein reiches Potenzial an Erfahrungen, Kompetenzen, Geschichten versammelt. Die Chance, daraus medial was zu machen, wurde nicht genutzt.)

(7) Konsequenz

Maßnahmen der zivilen Krisenprävention sind vergleichsweise billig und können bei Erfolg erhebliche Krisenfolgekosten einsparen. Aber es gibt sie auch nicht zum Nulltarif. Sie brauchen Fachleute, Kompetenz, Kapazitäten, Investitionen, Öffentlichkeit. In den ersten Jahren des Aktionsplans war es ein zentrales Versäumnis von uns „Betreibern“, dass wir die Frage der planmäßigen Umsetzungsschritte und des zusätzlichen Mittelbedarfs nicht energisch genug angingen. Wirkungsorientierte Krisenprävention braucht mehr konzeptionelle Klarheit und konkrete Zielvorgaben (Planziele) für die Weiterentwicklung ihrer Fähigkeiten und einen Zuwachs an – im Vergleich zu militärischer Krisenreaktion geringen – Mitteln. Soviel Konsequenz muss sein!

Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, danke ich für die ungewöhnlich zahlreiche und ausdauernde Beteiligung an dieser öffentlichen Sitzung zu 10 Jahren Aktionsplan. Ich empfinde das als besonders ermutigend, weil das Politikfeld der zivilen Krisenprävention und Friedensförderung trotz aller Wichtigkeit und Akzeptanz in der Regel nicht dringend erscheint und in der Konkurrenz mit den tagesaktuellen Dringlichkeiten immer wieder auf die lange Bank gerät. Sie, Frau Flor vom

Auswärtigen Amt, und Sie, Frau Vorsitzende und liebe Kolleginnen und Kollegen des Unterausschusses, haben deutlich gemacht, dass für Sie die Stärkung der zivilen Krisenprävention jetzt auf die Tagesordnung gehört. Im Namen des Beirats Zivile Krisenprävention wünsche ich Ihnen eine produktive Ausschussarbeit! Wir freuen uns auf eine anregende und ergiebige Zusammenarbeit!

Winfried Nachtwei

Winfried Nachtwei ist Mitglied des Bundestags a.D.. Die Stellungnahme von Winfried Nachtwei bei der Öffentlichen Sitzung des Unterausschusses „Zivile Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und vernetztes Handeln“ am 5. Mai 2014 im Deutschen Bundestag.

Der Beitrag gibt die persönliche Auffassung des Autors wieder.

IMPRESSUM

Denkwürdigkeiten

Journal der
Politisch-Militärischen
Gesellschaft e.V.

Herausgeber

Der Vorstand der **pmg**

Redaktion

Ralph Thiele (V.i.S.d.P.)

Tel.: +49 (221) 8875920

E-Mail: info@pmg-ev.com

Webseite: www.pmg-ev.com

Die **Denkwürdigkeiten** erscheinen
mehrfach jährlich nach den Ver-
anstaltungen der **pmg**.

